

Einwohnerversammlung

Protokoll Nr. EWV/01/2024

**über die öffentliche Sitzung der
Einwohnerversammlung am 30.09.2024,
Ahrensburg, Reithalle des Marstalls, Lübecker Str. 8**

Beginn der Sitzung 19:00 Uhr
Ende der Sitzung 20:15 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Benjamin Stukenberg

Bürgervorsteher

Verwaltung

Herr Eckart Boege

Bürgermeister

Herr Peter Kania

FBL IV

Herr Achim Keizer

IV.4

Herr Hauke Schmidt

IV.5

Frau Birgit Reuter

II.2

Frau Petra Rogge

Stabsstelle

Frau Kathrin Schultz

b

Frau Peggy Ehrig

Protokollführerin

Teilnehmer

Herr Karsten Barth

Veranstaltungstechnik

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Festsetzung der Tagesordnung
3. Bauprojekte der Stadt Ahrensburg: Schwerpunkte Gebäude und Kinderspielplätze
4. Verkehrsprojekte Ahrensfelde
5. Verschiedenes
 - 5.1. Prozedere für Einwohnerversammlungen
 - 5.2. Denkmalschutz
 - 5.3. Aufstellung von Mülleimern
 - 5.4. Zustand des Ahrensburger Straßennetzes

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Bürgermeister Stukenberg begrüßt alle Anwesenden herzlich zur diesjährigen Einwohnerversammlung und eröffnet die Sitzung.

Zu Beginn und während der Sitzung waren 44 Einwohner und Einwohnerinnen anwesend.

Bürgermeister Stukenberg gibt kurze Hinweise zum Ablauf der Veranstaltung und merkt an, dass jede/r Einwohner/in der Stadt Ahrensburg auf der Einwohnerversammlung Rede-, Antrags- und Abstimmungsberechtigt ist.

Er weist darauf hin, dass alle Anregungen schriftlich zu verfassen sind und eine Anregung nur angenommen werden kann, wenn min. 30% der anwesenden Einwohner/innen mit „Ja“ stimmen und mehr „Ja“ als „Nein“ Stimmen abgegeben werden.

Er erklärt zudem, dass heute über alle Anregungen abgestimmt wird und erst im Nachhinein eine Prüfung der Rechtmäßigkeit erfolgt. Sämtliche Anregungen, welchen zugestimmt wird, werden anschließend in einer Vorlage inkl. rechtlicher Prüfung zusammengefasst und in der Stadtverordnetenversammlung behandelt.

2. Festsetzung der Tagesordnung

Bürgermeister Stukenberg erläutert die Tagesordnung.

Herr Körner erläutert, dass er zur heutigen Einwohnerversammlung ein Schreiben an den Bürgermeister gesandt hat. Das Schreiben wird dem Protokoll als **Anlage** beigelegt. Er möchte heute die Thematik zur „Feuerwache Süd“ behandelt wissen. Er fragt, warum die Ahrensfelder Einwohner/innen nicht von offizieller Seite darüber informiert werden, dass die Feuerwehr in Zukunft 4-5 Minuten länger braucht als bisher (wenn die Feuerwache Süd gebaut wird).

Weiterhin geht er auf die Verkehrssituation in Ahrensfelde ein. Er fragt, warum die Einreichung des Planfeststellungsverfahrens für eine Südumgehung beim Kreis Stormarn bisher noch nicht erfolgt ist. Dies sei im Eingemeindungsvertrag vereinbart worden. In den alten Unterlagen könne man keine Hinweise auf eine entsprechende Einreichung ersehen und auch dem Kreis Stormarn sei hierzu keine Einreichung bekannt.

Bürgermeister Stukenberg fragt, ob es Herrn Körner recht ist, wenn die Thematiken unter dem Tagesordnungspunkt 3 „Bauprojekte“ mitbehandelt werden. Herr Körner erklärt sich einverstanden.

Herr Knoll bittet um die heutige Behandlung der Thematik „Verkehrsberuhigungsmaßnahme Ahrensfelde / Minikreisel“. Dieser Minikreisel sei vor ca. 4 Jahren von fast allen politischen Parteien im Bauausschuss beschlossen worden. Die neueste Entwicklung sei nun, dass die Denkmalschutzbehörde einen solchen Kreisverkehr an dieser Stelle ablehne, weil die Einmündung in die Teichstraße ein Dorfanger sei. Er regt an, dass die Stadt Ahrensburg mit der unteren Denkmalschutzbehörde hierzu verhandeln sollte, um diese verkehrliche Lösung doch noch realisieren zu können.

Herr Zillmann regt an, sichere Querungsmöglichkeiten der Dorfstraße zu gewährleisten. Hierzu habe man bereits einige Anregungen an die Verwaltung gestellt. Insbesondere für einen Fußgängerüberweg und sichere Querungsmöglichkeiten im Norden und Westen der Dorfstraße. Hier haben z.B. Fahrradfahrer keine Möglichkeit die Dorfstraße sicher zu queren. Aufgrund der Verkehrsmenge komme man regelmäßig nicht über die Straße.

Bürgermeister Stukenberg erklärt, dass man sich derzeit beim Tagesordnungspunkt „Festsetzung der Tagesordnung“ befindet. Anregungen können grundsätzlich bei jedem Tagesordnungspunkt eingereicht werden. Bei einigen genannten Anregungen handelt es sich jedoch formell um kein Bauprojekt, sondern um Verkehrsprojekte. Er schlägt vor die Tagesordnung entsprechend um den Tagesordnungspunkt „Verkehrsprojekte Ahrensfelde“ zu ergänzen.

Herr Reinhardt fragt, ob es bei dem Tagesordnungspunkt 3 „Bauprojekte der Stadt Ahrensburg: Schwerpunkte Gebäude und Kinderspielplätze“ auch um

die vorgesehene Bebauung des Scharbergs geht. Dort sei neues Bauland ausgeschrieben.

Bürgermeister Boege antwortet, dass die Bebauung am Scharberg heute nicht Bestandteil der Einwohnerversammlung sein wird. Er empfiehlt Herrn Reinhardt für weitere Informationen zur Bebauung am Scharberg eine Einwohnerfragestunde im Bau- und Planungsausschuss zu nutzen.

Bürgervorsteher Stukenberg schlägt folgende Änderung der Tagesordnung vor und verliest diese:

1. Begrüßung und Eröffnung
2. Festsetzung der Tagesordnung
3. Bauprojekte der Stadt Ahrensburg:
Schwerpunkte Gebäude und Kinderspielplätze
- 4. Verkehrsprojekte Ahrensfelde**
5. Verschiedenes

Die Einwohner/innen stimmen der Ergänzung der Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt 4 „Verkehrsprojekte Ahrensfelde“, mit wenigen Enthaltungen, einstimmig zu.

3. Bauprojekte der Stadt Ahrensburg: Schwerpunkte Gebäude und Kinderspielplätze

Bürgermeister Stukenberg erteilt Bürgermeister Boege das Wort zum Vortrag der Verwaltung.

Bürgermeister Boege begrüßt alle Anwesenden und erläutert, dass sich die Verwaltung vorgenommen hat heute die Hochbauprojekte und Kinderspielplätze der Stadt Ahrensburg vorzustellen.

Er merkt an, dass an anderer Stelle oftmals über die Dinge geredet wird, die faktisch nicht gehen oder rechtlich bzw. aus Ressourcengründen nicht umsetzbar sind.

Er führt weiter aus, dass es ihm und der Verwaltung wichtig ist zu zeigen, was in den letzten Jahren alles geschaffen wurde. Heute wird der Fokus auf das, was geschaffen wurde, gelegt und worin die Stadt Ahrensburg in den letzten Jahren investiert und Werte geschaffen hat.

Was das Eigenkapital angeht, stehe die Stadt Ahrensburg sehr gut da, weil man an vielen verschiedenen Stellen kontinuierlich gebaut hat.

Bürgermeister Boege stellt Herrn Schmidt (Fachdienst IV.5 Grünflächen und Klimaschutz), welcher eine Präsentation über die Ahrensburger Kinderspielplätze vortragen wird sowie Herrn Keizer (Fachdienstleiter IV.4 Zentrale Gebäudewirtschaft), welcher die Präsentation über die Hochbauprojekte vortragen wird, vor. Er bedankt sich auch bei den weiteren Mitarbeitern/innen der Verwaltung, die hier heute Rede und Antwort stehen.

Herr Schmidt stellt sich vor und trägt seine Präsentation über die Spielplätze der Stadt Ahrensburg vor. Die Präsentation ist dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Herr Siemers fragt, ob es Vorgaben gibt, ab wie viel Einwohner ein Spielplatz errichtet werden muss.

Herr Schmidt antwortet, dass es hierbei Richtlinien für Entfernungen gibt, in welchen Spielplätze geschaffen werden sollten. Eine gesetzliche Grundlage wonach eine Stadt / Kommune Spielplätze zu errichten hat gibt es nicht.

Herr Siemers führt als, dass es am Starweg eine Fläche gibt, welche im F-Plan als Spielplatzfläche eingetragen ist. Hier sei kein Spielplatz vorhanden und er fragt, ob dieser noch ersetzt / entstehen wird oder wegbleibt.

Herr Schmidt erläutert, dass es an manchen Stellen im Stadtgebiet in den B-Plänen ausgewiesene Spielplatzflächen gibt, welche teilweise nie realisiert wurden. An manchen Stellen sind auch Spielplätze abgebaut worden. Als Beispiel führt Herr Schmidt den Spielplatz am Ahrensfelder Stieg an. Dieser wurde geschlossen, weil er marode war und das Viertel grundsätzlich sehr gut mit Spielplätzen ausgestattet ist.

Herr Siemers merkt an, dass man diese ausgewiesene Spielplatzfläche aus dem F-Plan herausnehmen sollte, sofern hier kein Spielplatz geplant wird.

Weiterhin geht Herr Siemers darauf ein, dass es nur einen Spielplatz im

Waldgut Hagen gibt. In allen anderen Quartieren gäbe es mehr als nur einen Spielplatz.

Herr Schmidt nimmt dies als Anregung auf.

Bürgermeister Boege erläutert, dass der vorbereitende F-Plan nur einen Planungsrahmen für die Behörde vorgibt um die rechtlichen Grundlagen für die Realisierung eines Bauvorhabens zu haben. Das Grundverständnis sollte sein, dass ein F-Plan keine Zusage für die Realisierung ist. Er führt weiter aus, dass Spielplätze freiwillige Leistungen der Stadt sind. Die ausreichende Bereitstellung von Spielplätzen habe dennoch eine hohe Priorität in der Stadt Ahrensburg.

Bürgermeister Stukenberg ergänzt, dass die politischen Parteien die Thematik „Spielplätze“ als wichtig ansehen und daher jedes Jahr ein Spielplatz erneuert oder saniert wird.

Herr Böhm lobt den neu gestalteten Spielplatz am Lilienweg. Sein Sohn sei sehr begeistert.

Herr Keizer stellt sich vor und trägt seine Präsentation über die Hochbauprojekte der Stadt Ahrensburg vor. Die Präsentation ist dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Bürgermeister Stukenberg erläutert, dass jetzt, aufgrund der hohen Investitionen in den Schulen, Kreditaufnahmen notwendig sind. In den letzten 15 Jahren kam man ohne Kreditaufnahmen aus, aber dies sei jetzt nicht mehr zu schaffen. Er hofft, dass die Einwohner/innen jetzt einen guten Überblick über die Baumaßnahmen und Investitionen erhalten haben.

Herr Knoll sagt, dass er den Vortrag sehr informativ fand. Er fragt, ob es bei diesen immensen Kosten für die Schulen auch Förderungsmöglichkeiten gibt.

Bürgermeister Boege berichtet von seinem Treffen der AG Mittelstädte, wo dies ebenfalls Thema war, und sagt, dass es für die Schulbauten leider keine Förderungen aus Bundesmitteln gibt. In Einzelteilen könne man Förderprogramme für besondere energetische Maßnahmen nutzen. Zum Beispiel habe man 700.000€ für die Grundschule am Aalfang erhalten. Letztlich müssen Schulbauten jedoch aus städtischen Haushaltsmitteln finanziert werden - ohne dafür eine Unterstützung von Bund und Land zu erhalten.

Bürgermeister Stukenberg ergänzt, dass man aufgrund des Denkmalschutzes für die Sanierung des Rathauses ebenfalls eine Förderung erhalten habe.

Herr Körner merkt an, dass ihm bei der Vorstellung der Hochbauprojekte der Bau der Feuerwachen Süd und West und die Investitionssumme für die Ertüchtigung der Wache am Weinberg gefehlt habe.

Bürgermeister Boege führt aus, dass Gegenstand des Vortrags ein Rückblick auf die Investitionen war. Beim Feuerwehrgerätehaus Süd sei man unter Einbeziehung der Gemeindewehrführung aktiv in der Planung.

Er sagt, dass man ein Feuerwehrgerätehaus West eines Tages brauchen wird, aber dies momentan noch „so weit weg“ ist. Das Vorhaben würde jedoch entsprechend dem beschlossenen Brandschutzplan sequenziell umgesetzt. Beim Feuerwehrgerätehaus Mitte wird man in kürzester Zeit eine Leichtbauhalle brauchen und diese Maßnahmen seien natürlich berücksichtigt beim „Blick nach vorne“.

Er merkt an, dass beim „Blick nach vorne“ auch einige andere Themen heute nicht angesprochen wurden. Als Beispiel führt er die Raumbedarfe für die Stadtverwaltung an, welche derzeit nicht gedeckt werden in der Form wie sie notwendig sind. Es gibt einen Grundsatzbeschluss zum Neubau eines Rathausesweiterungsbaus, welcher zunächst pausieren muss.

Er führt hierzu weiter aus, dass derzeit in der Stormarnschule ein Lehrerzimmer erneuert wird, aber man auch in dieser Schule noch grundlegend sanieren muss sobald die anderen Schulbauten abgeschlossen sind.

Er stellt klar, dass in die Zukunft gerichtet immer noch weitere Bedarfe bestehen.

Bürgervorsteher Stukenberg geht darauf ein, dass auch im Rahmen der S4 noch einige große Maßnahmen wie z.B. ein Umsteigebahnhof Ahrensburg West sowie Parkplätze, Fahrradabstellanlagen etc. auf die Stadt zukommen. Bezüglich der Feuerwache Süd führt er aus, dass der Feuerwehrbedarfsplan eine neue Wache Süd vorsieht; hier sollen die Wachen Ahrensfelde und Hagen zusammengelegt werden.

Ein weiteres Bauprojekt, welches aktuell für 10 Jahre zurückgestellt wurde, ist das Neubauprojekt badlantic.

Herr Körner führt aus, dass man in Ahrensfelde ein Problem mit dem geplanten Standort der Feuerwache Süd habe, weil die Feuerwehr dann ca. 4 Minuten länger bräuchte als bisher. Er hält die Standortauswahl aus objektiver Sicht für nicht sinnvoll. Er bittet die Stadtverordneten sich über diesen Beschluss nochmals Gedanken zu machen. Der Feuerwehrbedarfsplan sei eine gute Sache, aber die Standortfrage für die Feuerwehr Ahrensfelde sei für die Ahrensfelder so nicht hinnehmbar.

Frau Schwintzer fragt, ob der Bund für die Schaffung von Flüchtlingsunterkünften zuzahlt.

Bürgermeister Boege antwortet, dass die Stadt für die Schaffung der Flüchtlingsunterkünfte zuständig ist und diese zunächst auch bezahlt. Sobald die Unterkünfte belegt sind, werden mit den Kosten für die Unterkunft auch die Erstellungskosten umgelegt.

In Zukunft wird es Pauschalzuweisungen pro Flüchtling geben. Aus diesen Pauschalen müssen dann alle Leistungen – vom Bau von Unterkünften bis hin zu besonderen Integrationsangeboten – gezahlt werden.

Es ergeben sich keine weiteren Fragen zum Vortrag und Bürgervorsteher Stukenberg geht über zu der Anregung von Herrn Körner.

Zur Einordnung dieser Anregung führt er aus, dass die Stadtverordneten so entschieden haben, weil die Gemeindeführung diesen Standort so erarbeitet hat. Mit den jeweiligen Alarmplänen wurde ein realistischer Standort vorgeschlagen. Es wurde z.B. geschildert, dass im Moment die Situation so ist, dass im Falle einer Alarmierung jeweils ein halbvolles Fahrzeug in Ahrensfelde und im Hagen losfahren und sich vor Ort an der Einsatzstelle koordinieren. Laut Feuerwehrlösung wäre es ein Vorteil, wenn diese Koordinierung an einem Standort stattfindet und man dann gemeinsam ausrückt.

Natürlich ist es objektiv korrekt, dass die Feuerwehr, bei einem Brand im Ortsteil Ahrensfelde, schneller vor Ort wäre vom alten Standort aus als vom neu geplanten Standort aus. Auf der anderen Seite ist die Feuerwehr natürlich schneller in den Gegenden die näher am neuen Standort liegen. Hier sollte man sich auf die Expertise der Feuerwehrleitung verlassen, welche diesen neuen Standort empfohlen hat.

Bürgermeister Boege erklärt, dass die Feuerwehr in diesem Fall einerseits die Gemeindeführung ist – die den Brandschutzbedarfsplan maßgebend entwickelt hat - und andererseits auch ganz konkret der Ortswehrlösung der Feuerwehr Ahrensfelde, der diesen Standort so unterstützt.

Bürgermeister Boege möchte die Anwesenden darüber informieren, dass grundsätzlich Handlungsbedarf besteht, weil sowohl das Feuerwehrgerätehaus in Ahrensfelde als auch der Unterstand für die Löschruppe Hagen abgängig sind. Beide sind in einem Zustand der von der Unfallkasse nicht mehr akzeptiert wird und man hätte an beiden Standorten ohnehin massiven Bedarf etwas zu tun. Aus diesem Grund möchte man eine Lösung schaffen, um beide zusammenzuführen. Die Zusammenführung soll aufgrund der Empfehlung der Feuerwehrlösung erfolgen. Die jetzigen Standorte seien in vielerlei Hinsicht, sowohl in Bezug auf den Platz als auch auf moderne Sicherheitsvorschriften, bei weitem nicht ausreichend.

Herr Siemers erwähnt, dass die neue Wache in der Nähe eines FFH-Gebietes vorgesehen sei. In diesem Gebiet lebt und wandert der Kammmolch und man würde eine Fläche von ca. 10.000 qm für die Feuerwehrwache Süd dort vorsehen. Er merkt an, dass es auch eine andere Fläche gäbe.

Bürgermeister Stukenberg ergänzt, dass die konkrete Standortauswahl seinerzeit nicht einstimmig erfolgte, aber mehrheitlich beschlossen wurde. Eine Fraktion hatte ebenfalls Umweltbedenken für den geplanten Standort. Die Fläche auf der anderen Straßenseite sei jedoch nicht in der optimalen Größe.

Frau Schwintzer gibt zu bedenken, dass Brände schneller in einem Ortsteil wie Ahrensfelde entstehen aufgrund der vielen Ställe und Strohballen. Zudem würde der Verkehr bei Einsätzen auf der Autobahn wieder durch die ohnehin schon überlastete Dorfstraße ausweichen.

Bürgermeister Stukenberg erklärt das Prozedere zur Abstimmung der

Anregung und dem darauffolgenden weiteren Verfahren.
Er verliest die Anregung von Herrn Körner über die anschließend abgestimmt wird. Die Anregung ist dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Anregung von Herrn Körner:

1. Wir regen an, dass die Feuerwehr Ahrensfelde im Dorfgebiet bleibt, weil eine längere Ausrückzeit nicht den Vereinbarungen im Eingemeindungsvertrag entspricht.

Die Einwohner/innen stimmen der Anregung / Einwendung mit einer Mehrheit der Einwohner/innen zu. Die Anregung von Herrn Körner gilt als angenommen.

4. Verkehrsprojekte Ahrensfelde

Bürgermeister Stukenberg sichtet die ihm vorliegenden Anregungen zu diesem Tagesordnungspunkt. Er erteilt Bürgermeister Boege das Wort.

Bürgermeister Boege weist daraufhin, dass man sich bei diesen Anregungen im Bereich des Verkehrs befindet, welcher nicht zu den Selbstverwaltungsangelegenheiten gehört. Verkehrsanordnungen seien kein Thema der Selbstverwaltung.

Die Anregungen werden aufgenommen und abgestimmt und im Nachgang auf Ihre Rechtmäßigkeit geprüft.

Herr Körner regt einen Termin vor Ort während der Schulzeiten, gemeinsam mit der Polizei, der Verkehrsaufsicht und dem Bürgermeister, an.

Bürgermeister Stukenberg beginnt mit der umfassendsten Anregung von Herrn Zillmann. Die Anregung von Herrn Zillmann liegt dem Protokoll als **Anlage** bei.

Herr Zillmann führt seine Anregung aus und merkt an, dass diese Frage schon im Vorfeld an die Verwaltung kommuniziert wurde. Er möchte hervorheben, dass es hierzu vor ca. einem Jahr eine Antwort von der Verkehrsaufsicht gab. Er habe diese rechtliche Einordnung überprüft und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass ein Gebiet mit einer zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h (im betroffenen Bereich angeordnet) zu einer 30 km/h-Zone zu unterscheiden ist. Bauliche Fußgängerüberwege dürfen nach den gesetzlichen Vorschriften nur in Straßen mit einer zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h angeordnet werden. Er zitiert aus der Gesetzesvorschrift: „Fußgängerüberwege dürfen nur innerhalb geschlossener Ortschaften und nicht auf Straßen angelegt werden, auf denen schneller als 50 km/h gefahren werden darf“. Er sieht es so, dass es rechtlich sehr wohl möglich ist an der geforderten Stelle einen Fußgängerüberweg zu bauen.

Er ergänzt, das bisher vorgesehen ist an dieser Stelle eine Sprunginsel zu errichten, aber diese gäbe den Schüler/innen bei der dortigen Verkehrsbelastung nicht die Sicherheit, die ein Fußgängerüberweg dort leisten würde.

Weiterhin regt er eine Radquerung an. An beiden Ortsausgängen würden Radfahrer es aufgrund der hohen Verkehrsbelastung nicht schaffen die Straße sicher zu queren.

Bürgermeister Stukenberg bestätigt, dass die Verkehrsbelastung in der Dorfstraße unzweifelhaft sehr hoch ist. Insbesondere zu den Stoßzeiten sei es eine Herausforderung dort über die Straße zu kommen. Es ist eine Situation die man gerne lösen würde und dabei ist immer der wesentliche Punkt, was rechtlich möglich ist. Wenn es entsprechende Möglichkeiten gibt, wird man dies kritisch prüfen lassen, sofern dieser Anregung zugestimmt wird.

Bürgermeister Stukenberg verliert die Anregung von Herrn Zillmann über

die anschließend abgestimmt wird.

Anregung von Herrn Zillmann:

Antrag: Verkehrsberuhigung Dorfstraße durch

1. Sichere Querung
2. Fußgängerüberweg Bushaltestelle
3. Nord + Westeinfahrt für Radfahrer
4. Minikreisel

Die Einwohner/innen stimmen der Anregung / Einwendung mit einer Mehrheit der Einwohner/innen zu. Die Anregung von Herrn Zillmann gilt als angenommen.

Bürgermeister Stukenberg fährt fort mit der Anregung von Herrn Knoll. Die Anregung von Herrn Knoll liegt dem Protokoll als **Anlage** bei.

Bürgermeister Stukenberg verliest die Anregung von Herrn Knoll über die anschließend abgestimmt wird.

Anregung von Herrn Knoll:

Verhandlungen der Stadt Ahrensburg mit der unteren Denkmalschutzbehörde Stormarn über die Realisierung eines Minikreisverkehrs im Bereich des Dorfgangers an der Einmündung der Teichstraße in die Dorfstraße

Die Einwohner/innen stimmen der Anregung / Einwendung mit einer deutlichen Mehrheit der Einwohner/innen zu. Die Anregung von Herrn Knoll gilt als angenommen.

Bürgermeister Stukenberg fährt fort mit dem Punkt 2 der Anregung von Herrn Körner. Er führt aus, dass sich der Punkt 3 der Anregung von Herrn Körner durch die vorangegangenen, angenommenen Anregungen erübrigt hat und hier keine gesonderte Abstimmung mehr zu erfolgen braucht.

Herr Körner führt zu seiner Anregung aus, dass die Südumfahrung Ende 2019 zuletzt im Bau- und Planungsausschuss abgelehnt wurde. Der damalige Bürgermeister hätte ihm zugesagt, alles dafür zu tun, den dortigen Verkehr zu vergrämen. Es wurden seither Geschwindigkeitsanzeiger aufgestellt, aber diese würden keine ordentliche Auswertung liefern können und zudem seien Piktogramme aufgestellt worden. Weitere Maßnahmen zur Vergrämung des Verkehrs wurden nicht durchgeführt.

Durch die Verlegung der Starkstromleitung und die dadurch entstandenen Baustellen habe man derzeit den Vorteil, dass der Verkehr gut abbremst. Der Verkehr an sich sei jedoch nicht weniger.

Er geht weiter darauf ein, dass wenn der Bau der Stellmoorbrücke im Rahmen der Baumaßnahmen für die S4 erfolgt, weitere 3.000 Kraftfahrzeuge prognostiziert würden.

Bürgermeister Stukenberg gibt hierzu die aktuelle Diskussions- und Beschlusslage wieder. Er erläutert, dass die Südumfahrung - aus mehreren Gründen - mehrheitlich abgelehnt wurde. Einerseits aufgrund der damaligen Kostenschätzung von mindestens 30 Millionen Euro (heutzutage ca. 60 Millionen Euro laut FBL IV). Andererseits sei an der Südumfahrung problematisch, dass Flächen von zwei Naturschutzgebieten benötigt würden und es würde den Verkehr in Ahrensfelde und am Braunen Hirsch zwar entlasten, jedoch würde am Kratt eine Belastung entstehen.

Herr Zillmann möchte an die Ausführungen vom Bürgermeister anknüpfen. Er führt aus, dass bei den geschätzten Kosten für die Südumfahrung i.H.v. 64 Millionen Euro (laut Presseartikel) leider verschwiegen werde, dass 75 % dieser Kosten das Land Schleswig-Holstein übernehmen würde.

Bürgermeister Stukenberg korrigiert Herrn Zillmann und erklärt, dass es keine Fördermittel mehr für Umgehungsstraßen gibt. Diese seien von der Landesregierung im Rahmen der Haushaltssanierung komplett gestrichen worden.

Zu den Naturschutzgebieten argumentiert Herr Zillmann, dass er nicht verstehe, warum die Südumfahrung für diese eine Verschlechterung sein solle. Die Südumfahrung beinhaltet eine Verlängerung der Eulen-Krug-Straße mit einer Brücke, die an der schmalsten Stelle über das FFH-Gebiet geführt würde und dort nur auf Stelzen gebaut sei. Dort würden lediglich zwei Pfeiler stehen. Er habe die Quadratmeter zusammengerechnet mit den aktuellen Belastungen im FFH-Gebiet und der Entlastung durch eine Stelzenbrücke im Falle einer Südumfahrung. Die Asphaltstrecke im Braunen Hirsch würde dadurch obsolet und zurückgebaut und renaturiert. Er findet, dass das Argument mit dem Kammmolch dadurch aufgehoben werden würde, weil dieser unter der Brücke hindurch wandern könnte. Auch Großwild könnte hier wieder queren. Nach seiner Rechnung würde das Gebiet zu 90% entlastet werden durch die Renaturierung der Straße Brauner Hirsch bis hin zum Kratt. Er fasst zusammen, dass das Argument, dass das FFH-Gebiet damit belastet wird, seiner Meinung nach, faktisch nicht richtig ist.

Bürgermeister Stukenberg merkt an, dass Herr Zillmann bei seinem angeführten Beispiel die weitere Wegeführung, bis hin zur Autobahn, nicht mitberücksichtigt habe. Die Südumfahrung müsste angrenzend an das Naturschutzgebiet Höltigbaum geführt werden und das Naturschutzgebiet Dänenteich müsste gequert werden.

Herr Puk möchte in Erinnerung rufen, dass der damalige Stadtverordnete Herr Haase von der SPD mal einen detaillierten Plan zur Verlängerung der Eulen-Krug-Straße für die Südumfahrung ausgearbeitet hatte. Das damalige WAB-Mitglied König habe anhand von detaillierten Plänen dargelegt, dass ca. 33 Meter Abstand zum Naturschutzgebiet Höltigbaum blieben, um dort die Straße durchzuführen.

Herr Knoll möchte dem Bürgermeister widersprechen. Er sagt, dass der Straßenzug der von der L82 eine bestimmte Trasse war, die untersucht und im Bau- und Planungsausschuss abgelehnt worden ist. Es gäbe jedoch eine andere Trasse die noch in dem gültigen F-Plan von 1974 drin ist. Er habe sich

Gedanken gemacht und ist davon überzeugt, dass es durchaus möglich wäre eine Trasse zu finden, die nicht wie die damalige verläuft.

Er erwähnt weiterhin, dass es nach seinem Kenntnisstand das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) gibt, wonach in ganz Deutschland Hauptverkehrsstraßen zu 75% gefördert werden. Dies seien Bundesmittel. Da es ein Hauptverkehrsstraßenzug ist denkt er, dass es hierfür Mittel nach dem GVFG geben müsste.

Frau Schwintzer sagt, dass den Ahrensfeldern das Entgegenkommen der Verwaltung fehle. Der Verkehr aus Hamburg geht durch Ahrensfelde und über den Ostring ins Gewerbegebiet. Sie appelliert an die Politik etwas für Ahrensfelde zu tun.

Bürgermeister Stukenberg gibt an, dass es bestehende Beschlusslage ist, dass eine Sprunginsel gebaut werden soll. Die Kapazitäten beim Straßenbau seien dafür jedoch leider derzeit nicht vorhanden.

Bürgermeister Stukenberg verliest den Punkt 2 der Anregung von Herrn Körner über den anschließend abgestimmt wird.

Anregung von Herrn Körner:

2. Wir regen an, dass der Durchgangsverkehr aus der Dorfstraße vergrämt wird. Möglichst durch eine Südumfahrung wie im Eingemeindungsvertrag vereinbart.

Die Einwohner/innen stimmen der Anregung / Einwendung mit einer Mehrheit der Einwohner/innen zu. Die Anregung von Herrn Körner gilt als angenommen.

5. Verschiedenes

5.1. Prozedere für Einwohnerversammlungen

Herr Körner bedankt sich bei allen Anwesenden für den Einsatz für Ahrensfelde. Er bittet darum, bei zukünftigen Einwohnerversammlungen vorab eine Darstellung zum Ablauf und zum allgemeinen Prozedere in SessionNet einzustellen.

5.2. Denkmalschutz

Herr Schröder erzählt, dass das Gebäude auf dem Rathausplatz unter Denkmalschutz gestellt wurde. Er fragt, ob es eine Möglichkeit gibt gegen diese Entscheidung vorzugehen.

Bürgermeister Boege antwortet, dass dies eine Entscheidung der Denkmalschutzbehörde sei und man als Stadt darauf keinen Einfluss habe.

Herr Kania erläutert, dass ein Denkmal nicht für jedermann immer ersichtlich sei. Hierbei gehe es auch viel um die Historie, bei der Entwicklung der Stadt, die den Denkmalschutz begründet. Es sei hierbei nicht das Gebäude allein, welches den Denkmalschutz ausmacht. Zu dem denkmalgeschützten Rathaus gehört auch der Rathausplatz. Damals habe sich das Gebäude nicht auf einem Parkplatz befunden, sondern in einem Ensemble. Der Parkplatz sei erst vor ca. 25 Jahren entstanden. Heutzutage sei es ein ortsbildprägendes Zeiterzeugnis.

5.3. Aufstellung von Mülleimern

Frau Schwintzer merkt an, dass es in Ahrensfelde zu wenige Mülleimer gibt und fragt, ob es die Möglichkeit gibt weitere Mülleimer aufzustellen und mit einer entsprechenden Leerung zu versehen.

Bürgermeister Boege erläutert, dass dies eine Selbstverwaltungsaufgabe der Stadt sei und man sich sehr genau überlegen müsse, welche freiwilligen Leistungen man sich noch leisten kann. Die Politik hat dieses Thema zuletzt im Hinblick auf die Ausstattung der Bushaltestellen mit Mülleimern diskutiert. Leider entstehen durch die Aufstellung und insbesondere die Leerung der Mülleimer erhebliche Kostenbeträge und daraufhin habe man sich nur für die Aufstellung von Mülleimern an stark frequentierten Bushaltestellen entschieden.

Bürgervorsteher Stukenberg fordert Frau Schwintzer dazu auf, gerne konkrete Vorschläge für einzelne Standorte einzubringen. Diese würden dann zwecks Umsetzbarkeit mit der Verwaltung entsprechend geprüft.

5.4. Zustand des Ahrensburger Straßennetzes

Herr Puk findet den Zustand des Ahrensburger Straßennetzes teilweise sehr desolat und fragt, wann die dringendsten Schäden behoben werden. Weiterhin geht er darauf ein, dass die Stadt Ahrensburg alle Grundstückseigentümer auf deren Verpflichtung hingewiesen hat, deren Hecken in Bereichen von Fuß- und Radwegen zurückzuschneiden. Er fragt, wann die Stadt ihre städtischen Hecken zurückschneidet.

Bürgermeister Boege antwortet, dass täglich mehrere Kolonnen des Bauhofes im Stadtgebiet unterwegs sind und akute Straßenschäden beheben sowie Rückschnitte vornehmen. Durch die Menge des verfügbaren Personals sei man jedoch beschränkt und versucht nach Kräften den anfallenden Arbeiten gerecht zu werden. Dies entbindet jedoch keinen privaten Eigentümer seinen eigenen Pflichten nachzukommen.

Bürgermeister Boege erläutert, dass der Fachdienst Straßenwesen drastisch unterbesetzt ist und man habe verschiedene Versuche unternommen dies zu ändern. Tiefbauingenieure seien insgesamt sehr schwer zu finden. In den letzten Jahren konnte keine Straße grundsaniert werden und auch weitere beschlossene Maßnahmen konnten nicht durchgeführt werden. Dies läge einzig und allein daran, dass man nicht das notwendige Personal habe. Zum 01.09.2024 habe man eine neue Fachdienstleitung in diesem Fachdienst gewinnen können und diese wird den Fachdienst jetzt wiederaufbauen um in einigen Jahren wieder voll arbeitsfähig zu sein. Zunächst wird man

Straßenzustandsberichte aktualisieren und Prioritäten festlegen. Außerdem gäbe es gibt einige Zwangspunkte die angegangen werden müssen. Er spricht in aller Offenheit davon, dass es derzeit nicht möglich sei sehr viel, sehr schnell zu erreichen. Die Frustration die es z.B. im Ortsteil Ahrensfelde gibt, was Sprunginseln angeht, rührt auch daher, dass man die notwendigen Mitarbeiter nicht habe, um solche Maßnahmen durchzuführen. Man könne grade nur den größten Schaden abwenden und zusehen, dass man der Straßenverkehrssicherungspflicht gerecht wird.

Herr Furken fragt, ob es früher tatsächlich eine „Schlaglochprämie“ für die Mitarbeiter der Stadtbetriebe gab oder ob dies ein Gerücht sei.

Bürgermeister Boege führt aus, dass der Bauhof sein Bestes und Möglichstes tut, die Schlaglöcher so schnell wie möglich zu schließen. Hierzu habe man bereits im Bau- und Planungsausschuss zwischendurch immer ausführlich berichtet. Die Straßen seien in einem schlechteren Zustand als früher. In diesem Winter habe man zusätzlich besondere Witterungsverhältnisse gehabt, weil es besonders feucht war und viel Wechsel von Frost gab. Dadurch seien noch mehr Schäden als sonst üblich entstanden. Hier komme der städtische Bauhof mit seinen Personalressourcen nicht mehr hinterher. Es werden unter anderem bereits Drittunternehmen beauftragt und man kümmert sich zunächst um die akuten Gefahrenstellen.

Bürgermeister Stukenberg antwortet, dass ihm eine sogenannte „Schlaglochprämie“ nicht bekannt sei. Er war 18 Jahre im Werkausschuss (dem Aufsichtsrat von der Kläranlage und dem Bauhof) und da sei eine solche Prämie nie zur Sprache gekommen.

Bürgermeister Stukenberg beendet die Einwohnerversammlung um 20:15 Uhr.

gez. Benjamin Stukenberg
Vorsitzender

gez. Peggy Ehrig
Protokollführerin